

Die griechische Frage.

Unser Berliner #=Correspondent schreibt:

In der griechisch-türkischen Angelegenheit ist das Schiedsgericht durch die Ablehnung der Pforte jetzt definitiv aufgegeben, Frankreich hat auch die Idee des Collectivschrittes fallen lassen und erklärt, daß es sich von einer weiteren Action zurückziehe. Es hängt dies auch wohl mit der wankenden Stellung des Herrn Barthelémy de St. Hilaire zusammen. Wie vor Kurzem aus Paris gemeldet wurde, ist Herr Challemel-Lacour jetzt dort angekommen, und man vermuthet daher, daß Gambetta, dem Herr v. St. Hilaire niemals sympathisch war, die Gelegenheit benutzen wird, ihn aus dem Amt zu drängen und den ihm mehr genehmen Herrn Challemel-Lacour an seine Stelle zu setzen. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß der französische Minister des Auswärtigen gegenwärtig sehr vorsichtig ist, und nachdem er mit dem einen Vorschlage Giasco gemacht, nicht geneigt ist, mit einem zweiten hervorzutreten. England hat gegenwärtig so viel mit sich zu thun, daß es die griechisch-türkische Frage beinahe vollständig ignoriert und ihre Betreibung den anderen Mächten überläßt, Rußland hält sich in der Reserve, so daß thatsächlich die Führung der Sache in den Händen Deutschlands ist. Man betrachtet denn nun hier die Antwort der Pforte trotz der Ablehnung des Schiedsgerichts keineswegs als ungünstig oder als kriegerisch, vielmehr nimmt man aus der Note ab, daß die Pforte ihren ursprünglichen Standpunkt, den sie bisher eingenommen, jetzt aufgegeben hat und zu einer größeren Nachgiebigkeit bereit ist. Jedenfalls wird man von hier aus ununterbrochen im Sinne des Friedens wirken, und soll auch Graf Hatzfeld dahin gehende Instructionen erhalten haben, die Pforte möglichst zur Nachgiebigkeit und Versöhnlichkeit zu mahnen. Gegenwärtig finden unter den Mächten Verhandlungen statt über die von der Pforte angeregte Konferenz in Konstantinopel. Zum Abschluß sind dieselben noch nicht gekommen, doch soll im Allgemeinen Reueigung vorhanden sein, auf diesen Vorschlag einzugehen, jedoch nicht eher, als bis die Pforte ganz genau mit ihrem Programm hervorgetreten ist und diejenigen Theile des Landes bezeichnet hat, welche sie auf jeden Fall zu opfern bereit ist. Der Standpunkt, der von den Mächten bisher eingenommen ist, ist immer noch der, daß man das Resultat der Berliner Konferenz nur als ideelles und prinzipielles auffaßt, jedenfalls nur als äußerste Grenze dessen, was Griechenland überhaupt zu erwarten hätte. Eine andere Frage ist aber die, ob diese Grenze praktisch auch jetzt schon zur Ausführung kommen kann, ohne daß es zu einer kriegerischen Verwicklung kommt. Bisher haben sämtliche Mächte den Grundsatz aufgestellt, daß eine solche unter allen Umständen zu verhüten sei; ob dies aber gelingen wird, das ist allerdings eine Frage, welche im gegenwärtigen Moment sich noch nicht entscheiden läßt. Will Griechenland unter keiner Bedingung seine Forderungen ermäßigen, so wird allerdings endlich nichts Andres übrig bleiben, als ein Zusammenstoß zwischen Griechenland und der Türkei; nach den bis jetzt erfolgten Äußerungen der Mächte hätte aber dann Griechenland schwerlich auf die Unterstützung irgend einer Macht zu rechnen. Anders könnte es allerdings werden, wenn in Frankreich eine Ministerveränderung vor sich ginge und an Stelle des gemäßigten Barthelémy de St. Hilaire eine mehr zu Abenteuerern geneigte Persönlichkeit wie Challemel-Lacour treten würde, und es ist begreiflich, daß man diesen Vorgängen in Paris jetzt hier eine größere Aufmerksamkeit schenkt als denen in Konstantinopel und Athen, und sie für wichtiger hält als das, was jetzt dort geschieht.

Fürst Bismarck, der Antrag Windthorst, die Steuererlaß-Vorlage und das Arbeiter-Versicherungsgesetz.

Berlin, 24. Januar.

— Fürst Bismarck präsidirte heute einem Ministerrath, welcher im Konferenzzimmer des Abgeordnetenhauses stattfand und zwei Stunden währte. Man wollte wissen, es hätte sich dabei um die Stellung der Regierung zu dem Antrag Windthorst gehandelt, doch begegnet diese Nachricht verschiedentlich Zweifeln. Man erwartet, daß Fürst Bismarck an den Debatten über den Antrag Windthorst theilnehmen werde. Heute erschien der Fürst im Saale nur ganz vorübergehend. Der Abgeordnete von Rauhaupt trat an den Ministertisch und hatte eine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck, der dann auch einige Zeit mit dem Präsidenten von Köller conferirte. Man hörte, daß es in der Absicht des Fürsten lag, sich an den Debatten über den Steuererlaß zu betheiligen, und daß er das Haus verließ, als er die Gewissheit erlangte, diesen Gegenstand heute nicht mehr discutirt zu sehen. Morgen wird man sich zweifellos mit diesem Gegenstande beschäftigen; ob abermals unter Theilnahme des Fürsten Bismarck steht dahin.

Es verläutet noch immer nicht mit Bestimmtheit, welche Vorlagen den Volkswirtschaftsrath beschäftigen werden. Dagegen gilt es als feststehend, daß das Arbeiterversicherungsgesetz, sowie ein Entwurf über die Innungen die Hauptarbeiten des neuen Ausschusses bilden werden. Man ist darauf gespannt, ob und wie weit die Verhandlungen des Volkswirtschaftsrathes in die Öffentlichkeit dringen werden. Die Sitzungen sind bekanntlich geheim.

Gegen das Treiben der Orthodoxen und Welsen.

Während von oben herab das Interesse der Nation gewaltsam bei den kulturellen und wirtschaftspolitischen Fragen festgehalten wird, regen sich in den selbstständigeren Kreisen des Volkes vor Allem geistige Bedürfnisse. Aus solchen ist der rheinisch-westfälische Schulverein hervorgegangen, und schreibt sich nicht weniger die tiefgehende Bewegung auf kirchlichem Gebiet her, welche in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein zu beobachten ist. Die eine hat wie die andere „Martyrer“ des Liberalismus aufzuweisen, wenn man diesen überschüssigen, von den Ultramontanen aber gern auf ihre mobilisierbaren Bischöfe, Priester und Mönche angewandten Ausdruck der Kürze halber gelten lassen will: Schleswig-Holstein den Pastor Diekmann in Wesselburen und den Pastor Kühl in Oldendorf. Wie sich um letzteren, theils zu seinem Schutze, theils zu gemeinsamer Vertretung der Gemeinderechte, ein „liberaler Wahlverein“ für die Landtags- und Kreisverordneten gebildet hat, so datirte er nun einen „liberalen kirchlichen Verein“ für die Wahlmänner mit in's Leben gerufen. — Vereine, die vom Protestantenverein Altes bis auf den Namen heißen. — Damit erschließt sich Schleswig-Holstein vollends der Agitation, welche aus den überlieferten evangelischen „Landeskirchen“ wahrhaft freie Kirchen machen soll, anstatt der orthodoxen „Freikirchen“, von denen die Hierarchen und Zeloten träumen. In Hannover aber rufen sich die kirchlichen Liberalen aller Orten zu der großen Landes-Versammlung, die am 26. Januar zu Hameln abgehalten werden soll. Von Osnabrück wird man mit einem Entzuge vorüber fahren, so stark ist in dieser kirch-

lich allerdings entwickelten Stadt und Gegend Hannovers trotz der rauhen Jahreszeit der Zudrang. Die liberalen Partier Osnabrücker: Kloppe, Spiegel und Weidner, haben seit Weihnachten in den Hauptorten ihrer Landtschaft durch ansehnliche Reden darauf vorbereitet. Man kann von Tag zu Tag kein Blatt von dort her aufschlagen, ohne auf die schwebende Gesangsfrage und die Fälle Regula und Wesenmeyer zu stoßen. Es ist eine schwerfällige Volksart, die im Osnabrückischen wie fast im ganzen deutschen Nordwesten lebt, aber wenn sie einmal in Aufregung gebracht ist, setzt sie sich nicht leicht wieder, ohne ihren Fiedel erreicht zu haben. Daher war es von dem hannoverschen Landesconsistorium und insbesondere von dem klugen Abt Uhlhorn sehr unvorsichtig, die Osnabrücker so rücksichtslos heraus zu fordern. Dieweil Fast Minister war, hüteten sie sich auch wohl; erst Herrn von Buttamer's Eintritt hat ihren Muth und Hochmuth zum Uebermuth angeblasen. In demselben Maße aber, wie der lutherische Orthodoxyismus Hannover sich gegen das intelligente Bürgerthum der Städte mehr herausnimmt, in demselben Maße wird auch das Wesentum auf dem Lande und in der Hauptstadt der Provinz üppiger. Deshalb hat der preussische Staatsminister von Buttamer hier einen sehr bösen Erfolg der Haltung des gleichnamigen Cultusministers zu beklagen und sollte als verantwortlicher Staatsmann wohl auf Mittel sinnen, ins Gleichgewicht zu rücken, was er als freiwilliger Kirchenmann so übel verschoben hat.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

44. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 24. Januar.

11 Uhr. Am Ministertisch: Bitter, v. Buttamer und Commissarien.

Zur ersten Beratung liegen zwei Nachträge zum Staatshaushalts-Etat für 1881–82. Der erste verlangt 9150 M. zu Bureaubedürfnissen der Generalcommissionen, 1,360,000 M. zur Erwerbung und Einrichtung eines neuen Dienstgebäudes für die Regierung in Breslau, 200,000 M. als erste Rate zum Neubau eines Regierungsgebäudes in Stade, und 60,000 M. als erste Rate zum Ausbau des Landdrosteigebäudes in Lüneburg behufs Aufnahme der dort zu errichtenden Regierung; der zweite Nachtrag verlangt 408,000 M. zur Unterhaltung von Deichen.

Abg. Richter: Daß die Regierung in diesem Stadium der Staats-Verwaltung nunmehr schon mit einem dritten Nachtrage vor dieses Haus kommt, muß um so mehr befremden, als in demselben Augenblick nach den Zeitungen der Bundesrath auf Veranlassung der preussischen Regierung wiederum mit der seiner Zeit vom Reichstage ad acta gelegten Vorlage, betreffend die Einrichtung zweijähriger Etatsperioden, befaßt sein soll. Die Motive der Vorlage heben hervor, daß zweijährige Etatsperioden im Reich nothwendig, auch solche in Preußen und den Einzelstaaten zur Folge hätten. Was soll dann aus unserer gesammten Staats- und Finanzwirtschaft werden, wenn wir jetzt schon in keinem Momente vor Nachtragsetats sicher sind? Dann wird der Etat aus fortwährenden Nachtragsetats bestehen und eine heillose Vermirung die Folge sein.

Wie kann unter diesen Umständen die preussische Finanzverwaltung beim Bundesrath mit ausdrücklichem Bezug auf die Nothwendigkeit, auch für Preußen zweijährige Etatsperioden herbeizuführen, solche für das Reich beantragen? Materiell habe ich gegen die Mehrzahl der einzelnen Punkte der Vorlage nichts einzuwenden. Bei dem steten Wechsel der Bedürfnisse eines großen Staatswesens muß die Regierung sich in jedem Momente, namentlich wenn die Landesvertretung beisammen ist, sich über nothwendige Mehrbedürfnisse mit ihr verständigen. Ich habe bei dieser Gelegenheit dem Lande nur zu erkennen geben wollen, welcher Zusammenhang zwischen dem theoretischen, in jener Vorlage über die zweijährigen Etatsperioden zum Ausdruck kommenden Standpunkt der Regierung und ihrem praktischen Verhalten besteht. Die preussische Staatsregierung hätte doch mindestens durch ihr Beispiel die Möglichkeit klar legen sollen, mit zweijährigen Etatsperioden zu wirtschaften, welche Möglichkeit ich übrigens bestritte. Die für die Erwerbung und Einrichtung eines Dienstgebäudes für die Breslauer Regierung geforderte Position ist bezüglich ihrer Dringlichkeit in den Motiven absolut nicht klagelagig. Bei reiflicher Prüfung wird die Budget-Commission, der ich den Nachtragsetat zu überweisen beabsichtige, sich schwerlich zur Bewilligung dieser Position entschließen. Gegenüber der zur Begründung derselben allein geltend gemachten Nothwendigkeit der Beschaffung eines Dienstgebäudes für den Regierungspräsidenten bemerke ich, daß andere Regierungspräsidenten Jahrzehnte lang auf eine Dienstwohnung haben warten müssen. Daraus kann also kein Grund entnommen werden, der Regierung eine so hohe Summe zur Verfügung zu stellen. (Beifall links.)

Abg. Graf Claron d'Haussonville erklärt das Breslauer Regierungsgebäude der Verbesserung für dringend bedürftig. Das jetzige Gebäude enthält zwar ganz schöne Repräsentations-, aber unpraktische Diensträume; auch sind die Diensträume nicht in einem Hause vereinigt. Wenn man jetzt beschließen will, die Localitäten der Justizverwaltung einigermaßen wohnlich zu gestalten, dann kann die Verwaltung am Hauptstamm der Provinz gewiß daselbe für sich in Anspruch nehmen. Die Dringlichkeit wird wesentlich dadurch bedingt, daß ein geeignetes Haus zu einem verhältnismäßig billigen Preise gerade jetzt erworben werden kann. Neubauten sind erfahrungsmäßig theurer, als der Erwerb fertiger Häuser.

Finanzminister Bitter: Ich glaube nicht, daß jetzt Veranlassung vorliegt, die Frage der zweijährigen Etatsperioden hier näher zu erörtern, da sie im Reichstage ihre Lösung finden wird. Sollte sie im Reich beibehalten werden, dann erst würde die Einführung dieser Einrichtung für Preußen zu erwägen sein, deren Nothwendigkeit allerdings unferseits behauptet wird. Die Einbringung von Nachtragsetats ist kein Argument gegen jene Institution. Die jetzigen Räume der Breslauer Regierung sind so schlecht, daß wir Bedenken tragen, die Beamten dort länger zu placieren. Bisher haben wir von 3 zu 3 Monaten einzelne Beamte daselbst wechseln lassen müssen, um ein Entzücken derselben in den dumpfen und feuchden Räumen zu verhindern. Der Regierungspräsident würde ohne eine Dienstwohnung die ihm obliegenden Pflichten nicht gehörig erfüllen können. Ich betone das um so mehr, als ich in dieser Hinsicht ein entschiedener Gegner aller nicht absolut nothwendigen Dinge bin. Im Uebrigen muß ich mich dagegen verwahren, daß es unzulässig sei, nach Feststellung des Etats mit etatsmäßigen Nachforderungen vor das Haus zu treten, wo das Interesse der Bevölkerung es erfordert.

Abg. Windthorst: Ein Beschluß des Reichstages, zweijährige Etatsperioden im Reich zu haben, würde keineswegs die Uebertragung dieser Institution auf Preußen nothwendig zur Folge haben. In geordneten Verhältnissen ist, so lange Reichstag und Abgeordnetenhause nebeneinander arbeiten, jene Frage wohl zu erwägen. So lange aber die ungeordneten Verhältnisse, wie sie heute bestehen, fortauern, namentlich der kirchlich-politische Kampf, werde ich keineswegs für zweijährige Etatsperioden sein. Während der Dauer dieses Kampfes können wir nicht oft genug Gelegenheit haben, unsere Beschwerden vorzubringen. Willst du entnimmt Richter daraus einen Grund, den Cultuskampf zu verlängern (Heiterkeit), wie ich auch bereits gelesen habe, daß er mit seinen Freunden so liberal ist, von vornherein jeden Versuch abzuweisen, der zu seiner Beendigung führen könnte. Nachtragsetats sind überhaupt nicht zu vermeiden, auch nicht bei zweijährigen Etatsperioden. Bezüglich des Breslauer Regierungsgebäudes gebe ich der Commission zu erwägen, wie weit die Sparmaßregeln gehen würden, wenn keine Dienstwohnung eingerichtet würde. Wir thäten auch im Allgemeinen gut, wenn wir eine besondere Commission niederlegten, um zu ermitteln, welche Dienstwohnungen im Lande zu entbehren sind. In Hannover könnte ich eine Reihe solcher angeben. Gerade die Dienstwohnungen der Beamten tragen sehr oft dazu bei, daß wir so viel Regierungsgebäude haben.

Abg. Stengel tritt dem Antrage auf commissarische Verathung bei, bedauert aber, daß der Vorredner sich bei dieser Materie wieder auf das Gebiet des Cultuskampfes begeben habe und spricht der Regierung gegenüber den Wunsch aus, daß sie Nachtragsetats nur bei äußerster Dringlichkeit vorlege.

Abg. Richter: Das Regierungsgebäude in Breslau ist doch schon ein sehr altes; weshalb also die Eile, die Sache in diesem Moment in einem

Nachtragsetat zur Vorlage zu bringen? Ich kann auch jetzt kein anderes Motiv dafür finden, als die Beschaffung der Dienstwohnung. Die Herren auf jener Seite (zur rechten), welche in der Generaldiscussion fortwährend die Nothwendigkeit einer „strengen und rücksichtslosen Sparpolitik“ betonen, bitte ich, diese Rücksicht auf eine nothwendige Sparpolitik auch in der Specialdiscussion etwas mehr ins Auge zu fassen. Daß die Frage des Nachtragsetats mit der des zweijährigen Budgets in keinem Zusammenhang stehe, bestreite ich; jedenfalls steht sie damit im engeren Zusammenhang, als mit dem Cultuskampf. Meine Anregung daß übrigens zwei bemerkenswerthe Resultate gehabt, erstens daß wir, so lange der Cultuskampf dauert, keine zweijährigen Perioden haben werden, sodann, daß aus der zweijährigen Etatsperiode im Reich nicht eine solche für Preußen folgt. Der Reichskanzler dürfte sich hiernach die Sache sehr wohl überlegen. Würde es der Regierung genehm sein, im Reich zweijährige und in Preußen einjährige Etatsperioden zu haben? Ich mache darauf um so mehr aufmerksam, als auch der Minister heute erklärte, aus der Einführung dieser Institution im Reich folge nicht, daß Preußen nachfolgen müsse. Ich verheße das sachliche Bedenken des Ministers, daß er sich dagegen wehrt, beizutreten, aber der Kampf wird ihm nicht helfen; er wird die zweijährige Etatsperiode in Preußen einführen müssen, wenn wir ihn nicht schäßen. der Abg. Windthorst und diese Seite (links). Uebrigens sind in den letzten Jahren fast regelmäßig Nachtragsetats gekommen. Daraus folgt, daß wir noch nicht zu der Ruhe gekommen sind, um zweijährige Etatsperioden einführen zu können. Hoffentlich verschwindet dieses Project bald von der Bildfläche, denn es ist ein Angriff auf eines der wichtigsten Rechte der Volksvertretung in Reich und Staat.

Finanzminister Bitter: Ich glaube nicht, daß Schatz des Vorredners zu bedürfen, wenn es sich um Einführung der zweijährigen Etatsperiode hier handelt. Ich habe gegen dieselbe auch keineswegs Bedenken geltend gemacht.

Abg. von Heydebrand: Meine politischen Freunde verhalten sich gegen die Frage der zweijährigen Etatsperiode durchaus nicht a priori ablehnend und halten an dem Princip der rücksichtslosen Sparpolitik fest, aber nur da, wo es angebracht ist, und nicht an der unrichtigen Stelle, nicht da, wo rücksichtslose Sparpolitik Verschwendung wird, und das würde in diesem Fall eintreten. Die Frage des neuen Regierungsgebäudes in Breslau kann nur beurtheilt werden, wer die Localitäten kennt. In dem gegenwärtigen sind sehr viele Räume für Beamte, in denen man kaum aufrecht stehen kann, und gesunde Räume für seine Beamten zu schaffen, ist eine Pflicht des Staates. Es handelt sich aber nicht bloß um angestrichene und bezahlte Beamte, sondern es kommen auch solche in Betracht, die honoris causa ihre bescheidenen Kräfte dem Staate zur Verfügung stellen. Ich kenne die Räumlichkeiten aus meiner Thätigkeit im Bezirksverwaltungsgericht: in dem sogenannten Sitzungszimmer desselben kann man selbst im Sommer kaum sitzen. Ein Drittheil aller Sachen sind Schatz-Concessions-Gesuche, bei denen häufig die Localprüfung geprüft wird; aber wenn ein Schatzwirth in diesem Local, in dem wir sitzen, um die Concession für stehende Gäste einlädt, so würde ich mich sehr freuen, ob die Concession zu ertheilen sei. (Heiterkeit.) Noch schlimmer ist der sogenannte Parteienraum, das ist eine Art Bodenraum mit Laternenverglasung, durch zwei kleine Fenster dringt mäßig ein Lichtstrahl herein, und der wird von den Voten ausgefüllt, welche die Parteien aufzurufen haben; es ist aber gar nicht ausgeschlossen, daß bei der Dunkelheit einmal eine Partei verloren geht. (Heiterkeit.) Da muß, so bald als möglich, Remede eintreten. Es handelt sich nicht um einen Neubau, sondern um den Ankauf eines angemessenen, durchaus zweckentsprechenden Gebäudes, wobei noch in Betracht kommt, daß der Verkäufer sich erboten hat, die alten Räumlichkeiten zu einem verhältnismäßig sehr hohen Preise zu übernehmen. Ich bitte die Herren der Budget-Commission, nicht so ipso mit Voreingenommenheit an die Sache bloß deshalb heranzutreten, weil beiläufig die ihnen anstehende Wohnung des Regierungs-Präsidenten in Aussicht genommen ist. (Beifall rechts.)

Abg. Köhler weist auf die für die Landdrosteien Stade und Lüneburg geforderten Summen zu baulichen Veränderungen hin, obwohl doch die neue Verwaltungs-Organisation in Hannover erst Bloß greife mit Einführung der in dieser Session jedenfalls nicht mehr zu Stande kommenden Kreisordnung.

Abg. Birchow greift die bei der Restverwaltung immer mehr zu Tage tretende Praxis der Staatsüberreitungen an, der der Finanzminister mit größerer Schärfe dadurch entgegenzutreten müsse, daß er die einzelnen Verwaltungen zu rechtzeitiger Anmeldung ihrer Forderungen nöthige; wir würden sonst zu einer solchen Verzeileitung kommen, daß darüber die Uebersichtlichkeit des Etats verloren ginge. Dazu komme, daß sich der Landtag der Genehmigung solcher Staatsüberreitungen oft schwer entziehen könne. Sollte sich in Preußen für die zweijährigen Etatsperioden je eine Mehrheit finden, dann würde jener Uebelstand in verstärktem Maße sich geltend machen. Die Schuld daran trage hauptsächlich die verkehrte Reihenfolge, in der Reichstag und Landtag ihre Etats aufstellen. Werde zuerst der Reichstag, dann der Landtag aufgestellt, so werde dadurch auch eine regelmäßige Aufsicht der Landesvertretung über die Staatsverwaltung geübt werden können.

Finanzminister Bitter glaubt, daß seine bei Vermeidung von Staatsüberreitungen geübte Praxis sehr wenig zu wünschen übrig lasse; im Uebrigen würden die Staatsüberreitungen stets speciell nachgemessen.

Der erstgenannte Nachtragsetat wird sodann der Budget-Commission überwiesen.

Abg. v. Minnigerode beantragte, auch den zweiten Nachtrag zum Etat an die Budgetcommission zu verweisen und bittet die Sache nicht entgegen zu lassen, weil die Form einer Nachforderung gewählt werden mußte. Es handelt sich um eine Forderung, die local für weite Kreise von Interesse ist, um die Erhöhung von Deichen bei der oberen Rogat und Weichsel an einer Stelle, die unter Umständen für das Schicksal des ganzen Weichseldelta entscheidend ist, einer blühenden Landschaft, die in neuester Zeit durch Anbau von Rüben und Anlage von Zuckerrüben von größerer finanzieller und wirtschaftlicher Bedeutung zu werden verspricht. Gerade an der Stelle, wo der Pödel Canal besondere und dringende Bedürfnisse künstlich geschaffen hat, handelt es sich um neue Sicherheitsmaßregeln, welche die königliche Staatsregierung ins Auge gefaßt hat, und das Weichseldelta ist gewissermaßen der Schlüssel der ganzen Position. Ich bitte daher, obwohl hier eine Nachforderung vorliegt, die vom Hause weniger günstig behandelt zu werden pflegt als vorhergemachte Forderungen, trotzdem mit Rücksicht auf die Bedeutung des Gegenstandes ihm mit besonderem Wohlwollen entgegenzutreten.

Auch dieser Nachtragsetat geht an die Budgetcommission.

In Tit. 3 des Cap. 57: Finanzministerium, werden 8700 M. für einen neuen vorliegenden Rath gefordert, deren Bewilligung die Budget-Commission beantragt.

Abg. Richter: Ich beantrage, die für den neuen Rath geforderte Summe zu streichen. Die Regierung begründet ihre Forderung mit den Arbeiten zur Reform der directen Steuern. Von Projecten bezüglich dieser Reform hören wir schon seit einem Jahrzehnt; zu unser Aller Ueberraschung hat aber der Minister in der Commission erklärt, daß er an Reformarbeiten bei seinem Eintritt ins Amt so gut wie nichts vorgefunden habe. Ich bin indessen so wenig Enttäuscht für diese Reform, daß ich keine Reue habe, einen neuen etatsmäßigen Beamten mehr zu bewilligen, es sei denn, daß die Herren von jener Seite (rechts) uns noch ein anderweitiges Programm bei dem Verwendungsgesetz oder sonst vorbringen, das uns mehr gefällt. Wir sind darauf übrigens sehr gespannt! Wenn, wie es die Absicht des Reichstages ist, die directen Steuern fast ganz aufgehoben werden sollen, dann brauchen wir doch keine neuen Räte, die sich den Kopf über eine Reform derselben zerbrechen. Andererseits entnehme ich aus den Äußerungen des Ministers in der Commission, daß der Reformplan in seinen Grundzügen bereits fertig gestellt ist; auch von diesem Standpunkt aus ist also der neue Rath unnöthig. Soll an der Reform durchaus noch mehr gearbeitet werden, dann mag man dazu die etatsmäßigen Beamten verwenden und zu den laufenden Geschäften außeretatsmäßige. Die uns von

dem Minister gemachte Hoffnung, die Staatsregierung werde nach Abschluß der Reform selbst die Initiative ergreifen, und diesen Beamten wieder zu schenken, theile ich nicht. Bis jetzt haben die Ministerien an uns immer nur Mehrforderungen an Beamten gestellt. Noch nie hat man uns dagegen einen Ministerialbeamten geschenkt. Ich halte es wirklich für angebraucht, daß wir das Heft in der Hand behalten und dem Minister, wenn er es durchaus für nötig hält, einen außerordentlichen Beamten aneben. Uebrigens ist es, wo die Revisions-Arbeiten für die Grundsteuer und die Grundsteuer-Veranlagung in den neuen Provinzen beendet sind, der Zeitpunkt zu einer Vermehrung der ministeriellen Arbeitskräfte ungeeignet.

Finanzminister Bitter: Die Arbeit der Reform der directen Steuern beginnt erst jetzt, nachdem die Gutachten der Provinzial-Behörden eingegangen sind. Uebrigens ist der neue Rath nicht deswegen allein erforderlich, sondern weil die allgemeinen Verhältnisse der Verwaltung der directen Steuern das dringend erheischen. Redner weist das Bedürfnis einer neuen Arbeitskraft an der Vermehrung der Zahl der Klassensteuerrecurse nach, die im Jahre 1873 4063 betragen hätten und sich jetzt auf 23,924 belaufen. Die Grundsteuerregulierung für die neuen Provinzen ist allerdings beendet. Die damit in Verbindung stehende Arbeitslast ist aber noch eine ungeheure. Auch die Klassenverwaltung nimmt die Thätigkeit der Centralstelle besonders in Anspruch, da zahlreiche in letzter Zeit vorgekommene Defecte eine verschärfte Controle nötig gemacht haben.

Abg. Windthorst ist der Ansicht, daß ein außerordentlicher Beamter, wie Ridert wolle, nicht die Selbstständigkeit habe, die ein vortragender Rath haben könne. Es gebe i. J. nichts Schwierigeres, als die Ausarbeitung der Reformpläne. Wer daran zweifle, brauche nur zu beobachten, wie die ganze Welt sich mit dieser Frage beschäftige. Er wünsche, daß es gelingen möge, einen Weg zu finden, der aus diesem Irrsal führe.

Abg. Büchtemann erklärt sich aus den Gründen Riderts gegen die Bewilligung der Rathstelle.

Abg. v. Minnigerode meint, wenn der Abg. Ridert eine so lebhaftes Ungeduld in Bezug auf Gerüchte zeigt, daß aus unserer Seite eine Reform der directen Steuern geplant würde, so können wir für ein so lebhaftes Interesse an unseren etwaigen Plänen nur dankbar sein. Aber die drängende Frage, weshalb derartige Ideen noch nicht allgemein bekannt geworden sind, erscheint jetzt gerechtfertigt; denn auch Sie (auf der linken Seite) haben Jahre lang mannigfache Mängel unserer directen Besteuerung anerkannt, ohne im geringsten zu versuchen, die helfende Hand an die Reform zu legen. Ueber die Bewilligung der neuen Rathstelle werden und können wir uns mit dem Abg. Ridert nicht verständigen, weil wir in der engen Wechselwirkung der Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten den Factor sehen, der für die Zukunft der bewegende sein soll, während er bei dem alten Verhältnisse bleiben will und speciell auf das Lebhafteste der Ausdehnung der indirecten Besteuerung im Reich widerspricht. Wir betrachten daher folgerichtig die vorliegende Position nach menschlicher Berechnung als eine dauernde und wollen sie bewilligen, während er sie ablehnen muß, um dadurch auch auf diesem Gebiet eine Kraft zu beseitigen, die uns in einer ihm conträren Richtung engagirt würde. Wenn endlich der Abgeordnete Büchtemann dem Finanzminister vorwirft, daß er auch noch andere drängende Bedürfnisse in seinem Ministerium betont hat, die unter Umständen noch zu einer weiteren Vermehrung von Kräften führen könnten, so müssen wir der Staatsregierung doppelt danken, wenn sie sich mit dieser einfachen Forderung begnügt.

Abg. Hänel: Der principielle Gegensatz, von dem der Vorredner gesprochen hat, besteht allerdings, kommt aber hier nicht zum Ausdruck. Mit dieser principiellen Ausprägung wird nichts verdrängt, als daß die Herren da drüben Erparnisrückichten proclamiren, um sie in jedem speciellen Fall zu verleugnen. Brauchen wir denn im preussischen Ministerium einen Steuerreformer? Vermehren Sie doch lieber die Arbeitskräfte da, von wo jede Steuerreform jetzt ausgeht: im Reichskanzleramt. Freilich sagt der Vorredner, es handle sich um eine Wechselwirkung zwischen dem Reich und den Provinzen. Wo besteht denn diese Wechselwirkung, wenn der Reichskanzler die gesammte Finanzreform bis in die kleinsten Details hinein dirigirt? Das ist allerdings auch eine gewisse Wechselwirkung, wenn der Eine befiehlt und der Andere gehorcht. (Große Heiterkeit.)

Finanzminister Bitter: Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, wenn der Vorredner gesagt hat, es geschehe im preussischen Finanzministerium nur das, was der Reichskanzler bezieht (Heiterkeit), daß nur ein Wille bestimmend sei. (Sehr richtig.) Ich muß gestehen, daß der Vorredner einen sehr geringen Begriff von denen hat, die die Geschäfte des Landes führen. Ich möchte wünschen, daß er sich eine bessere Anschauung von diesen Verhältnissen verschaffe, ehe er sich öffentlich vor dem Lande darüber ausdrückt. (Beifall rechts. Heiterkeit.)

Abg. v. Benda: Die Klassensteuerreform werde gewiß noch eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen, so daß es sich empfehle, den geforderten Rath dauernd einzustellen.

Abg. Ridert: Der Vorredner gebe weiter als die Regierung, die den neuen Rath ja nur für ein paar Jahre nötig zu haben erklärt. Uebrigens verweigere er (Redner) dem Minister keineswegs die Hilfskräfte, die derselbe zur Bewältigung der Geschäfte als dringend notwendig und eilig fordere. Dem Abgeordneten von Minnigerode bestätige er, daß er seinem und seiner Freunde Finanzprogramm mit Ungebuld entgegenstehe; auch acceptire er, was Minnigerode in der Commission erklärt habe, daß nämlich die letzte Entscheidung in Steuerfragen bei der Volksvertretung liege. Das sei ein Grundsatz, der sonst von der Partei des Herrn noch nicht ausgesprochen worden.

Abg. von Minnigerode bezeichnet es als Sitte des Hauses, in den Commissionen gethane Aeußerungen gar nicht, wenigstens nicht mit Namensnennung zu citiren.

Dagegen erheben die Abgg. Ridert und Hänel Protest; die Commissionen verhandeln sein Eigenthum des Hauses, und man müsse bei Gelegenheit davon Gebrauch machen können, wie dies auch auf der rechten Seite des Hauses geschehen sei. Eine gewisse Discretion werde man aber müssen, aber die könne man nicht principiell feststellen. Die Abgg. Windthorst, v. Benda und v. Minnigerode wollen dagegen möglichst wenig aus den Commissionen mitgetheilt sehen, namentlich tadeln sie die laufenden Berichte in den Zeitungen, die Abg. v. Uechtritz als eine Ungehörigkeit bezeichnet. Der Präsident von Köller bemerkt, daß eine Bestimmung der Geschäftsordnung über diese Frage nicht besteht.

Der Titel wird darauf mit geringer Mehrheit bewilligt. Mehrere Tit. des Cap. 58 (Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Regierungen etc.) waren der Budgetcommission überwiesen, zunächst Titel 1: Gehälter der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten etc., bei welchem eine Mehrforderung von 9759 M. gemacht wird, die sich aus einer Mehrausgabe von 24,600 M. und einer Ausgabepersparnis von 14,841 M. ergibt. Die Commission beantragt, ihn zu genehmigen, ebenso Titel 2: Rentanten und andere Beamten, für welche 119,325 M. mehr eingestellt werden.

Abg. v. Heereman: Beim Zusammenkommen hat das Haus immer die besten Vorfälle zu sparen, die sich aber im Laufe der Verhandlungen allmählich leider verlieren. Auf dieser schiefen Ebene der Bewilligungen befinden wir uns gegenwärtig schon wieder. Wenn nun auch die in Rede stehende Ausgabe nicht von all zu großer Bedeutung ist, so sollte man doch bedenken, daß aus vielen kleinen Ausgaben nach und nach große werden. Ehe ich den höheren Beamten Positionserhöhungen zulasse, würde ich vielmehr zunächst an die Aufbesserung der niederen Beamten denken, deren Lage zum großen Theil drückend und mißlich ist. Vor Allem ist es aber durchaus nicht nötig, daß mit Verleihung des Prädicats „Regierungspräsident“ auch gleich das Gehalt der alten Regierungspräsidenten verbunden sein muß, zumal die sechs neuen Regierungspräsidenten dürften deshalb nur mit einem geringeren Gehalt zu bedenken sein. Ich kann jedenfalls die vorgeschlagene Position nicht bewilligen.

Finanzminister Bitter: Nach dem Herrn Vorredner würde es zwei verschiedene Gattungen von Regierungspräsidenten geben müssen. Das wäre aber unzulässig. Es würde eine Gattung von Regierungspräsidenten zweiten Ranges entstehen, die jedoch dasselbe und das Gleiche wie die anderen zu thun und zu leisten hätten, nur ein geringeres Gehalt bezögen. Das Wechseln mit diesen beiden ungleichen Beamten, das jedenfalls im Interesse der Verwaltung unbedingt erforderlich ist, würde zu den größten Schwierigkeiten führen. Die Verwaltungsbeamten stehen bezüglich ihres Gehaltes auf dem äußersten Punkte des Nothwendigen, so daß eine Verringerung bedauerlich wäre.

Die beiden Titel werden genehmigt. Im Titel 6 fordert die Regierung ein Pauschquantum von 400,000 M. zu Dispositionsgehaltern und Wartegeldern, welche in Folge der Neuorganisation der Verwaltung namentlich in Folge der Neugestaltung der Bezirksregierungen notwendig werden.

Referent Abg. Stengel theilt mit, daß inzwischen seitens der Staatsregierung eine Nachweisung derjenigen Beamten, welche in Folge der Neuorganisation zur Disposition gestellt werden sollen, eingegangen sei. Er empfehle deshalb, an Stelle des Pauschquantums sofort eine etatsmäßige Summe einzustellen. Die Ausgabe würde sich belaufen auf 395,034 M.

Abg. Ridert beantragt, zumal es sich um eine bedeutende Summe handle, Zurückweisung an die Budgetcommission.

Abg. Büchtemann beantragt, die Position auf 300,000 M. zu ermäßigen. Soweit die Beamten, welche die Regierung in Folge der Reorganisation theils für unnötig, theils für ungeeignet und damit für überflüssig erklärt habe, in den Ruhestand zu versetzen wären, dürften sie nicht in diesen Titel aufgenommen werden. Nach den Motiven müßten Veränderungen erwartet werden, die sich im Etat nicht geistig haben.

Reg.-Comm. Haase erklärt sich gegen den Antrag Ridert. Die vom Herrn Vorredner angeregten Bedenken seien übrigens von der Staatsregierung bereits auf das Grundsätzliche in Erwägung gezogen. Eine genauere Specialisirung bezüglich der Beamten könnte aber erst nach dem Competenzgesetz ermöglicht werden.

Abg. v. Minnigerode erklärt, sich dem Antrage Ridert nicht widersetzen zu wollen.

Abg. Ridert bemerkt, daß das Competenzgesetz bereits mit dem 1. April in Kraft treten würde, sei mit der größten Gewißheit anzunehmen. Statt einer Verminderung der Beamten habe sich bisher nur eine stetige Vermehrung ergeben; in jedem Etat sei man mit neuen Anforderungen gekommen, da müsse endlich einmal ein Strich durchgemacht werden.

Finanzminister Bitter: Der Herr Vorredner sei bei seiner Unkenntnis der Verhältnisse zu dem eben gebrauchten Ausdruck nicht berechtigt. Die Regierung sei jedenfalls mit einer verhältnißmäßigen Verminderung des Etats bei der Hand, sobald eine Verminderung der Beamten eintreten könne. Es komme aber weniger auf die Verminderung und Ermäßigung an, sondern auf eine correcte und sachgemäße Erlebigung der Geschäfte, wobei allerdings die möglichste Sparsamkeit zu beachten sei. Es sei ein wunderbares Verlangen der Herren von der linken Seite, die Zahl der Beamten einzuschränken, aber fortwährend neue Gesetze machen und haben zu wollen, wozu neue Beamte erforderlich werden.

Abg. Ridert: Ich weise entschieden den letzten Vorwurf des Herrn Ministers zurück. Ich bin der Meinung, daß die Staatsregierung die Gesetzgebungsbefugnis habe. Und wir haben uns nur mitunter, wenn auch sehr ungern, zur Annahme einverstanden erklärt. Wir haben durchaus kein Vergnügen an den neuen Gesetzen. Wir wären im Gegentheil recht glücklich, wenn uns die Regierung neue Gesetze, namentlich keine Steuergesetze bringen wollte. (Widerpruch rechts, Beifall links.)

Regierungscommissar Haase: Von 16 Rathstellen seien 15 an die Verwaltungsgerichte übernommen. Die Höhe der Kosten sei lediglich eine Folge der erweiterten Geschäftsverhältnisse. Auch erinnere er an die Vergrößerung der Monarchie durch die Einverleibung von Posen.

Abg. v. Zedlig-Neufuß bemerkt, daß gerade die liberale Seite für die entsetzlichen Mehrkosten voll und ganz verantwortlich sei, da sie durch die Complication der Instanzen und die Vermehrung der Gaudien die Schreiberei vermehrt habe.

Abg. Ridert verwahrt die Liberalen gegen diesen Vorwurf; die Conservativen hätten sich auf eine Verminderung der Instanzen, namentlich auf die so oft geforderte Beseitigung der Regierungen nicht eingelassen. So lange man so viele Instanzen belasse, müßte man auch Gaudien schaffen.

Abg. v. Zedlig-Neufuß bemerkt, daß Herrn Riderts Einwendungen über Beamtenvermehrungen zu andern Titeln passender gewesen wären, als zu dem in Rede stehenden, zu dem sie gar nicht hingehörten.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Ridert wird der Titel dem Antrage Ridert gemäß an die Budgetcommission zurückverwiesen. In Capitel 58 Tit. 12 werden 1 Million Mark zu Reisekostenerschädigung etc. gefordert.

Abg. v. Meyer-Arnswalde: Bei den Debatten zur Kreisordnung habe ich Ihnen vorausgesetzt, daß Sie in der Linie ertrinken würden. Sie sehen jetzt, daß ich Recht gehabt habe. Der Umstand, daß die vorliegende Position eine Mehrforderung von 254,300 M. aufweist, zeigt Ihnen, welches Aitenwetter Sie mit der Kreisordnung heraufbeschworen haben. Nun wird gesagt, daß aus diesem Fonds hauptsächlich die Reisekosten für die Regierungspresidenten bestritten werden. Ich halte es für nothwendig, daß die Präsidenten möglichst häufig ihren Bezirk bereisen und mit den Landräthen persönlich zusammenkommen. Denn bei dem schriftlichen Verkehr schreibt man sich sehr leicht in eine gewisse Erbitterung hinein. Ich bewillige also diese Reisekosten sehr gern. Die Erhöhung der Position ist aber hauptsächlich durch die Reisen der Thierärzte veranlaßt, die im vorigen Jahre über 388,000 M. gekostet haben. Diese Reisekosten würden sehr hermindert werden können, wenn nicht jeder Amtsvorsteher das Recht hätte, bei irgend einer Seuche, namentlich Maul- und Klauenseuche, den Thierarzt für jedes Dorf besonders zu requiriren. Ich schlage daher vor, daß das Recht der Requisition des Thierarztes wieder dem Landrathe übertragen wird, welcher demselben die Reiseroute vorschreiben und dadurch zur Verminderung der Reisekosten und Diäten wesentlich beitragen kann.

Hierauf wird die Position bewilligt.

Es folgen einige zurückgestellte Titel des Etats des Cultus-Ministeriums. Im Capitel 121 und zwar im Titel 23 sind eingestellt 814,500 M. zu Schulaufsichtskosten und zwar zu Befolungen für 181 Kreis- und 134,450 M. ausgeworfen zu Remunerationen für die commissarische Verwaltung von Schulinstructionen. Im Titel 26 zu zeitweiligen Remunerationen für Schulinstructionen im Nebenamt (b. h. für geistliche Schulinstructionen). Zum Titel 23 ist ein Vermert gemacht, daß die Ersparnisse dieses Titels zur Verlastung der beiden Titel 25 und 26 verwandt sein. Ein Antrag des Abg. Dr. Weber (Erfurt) wollte die Ersparnisse des Titels 23 nur zur Verlastung des Titels 25 verwandt wissen. Die Budget-Commission beantragt jedoch die beiden Titel 25 und 26 zu vereinigen und dann bei dem Titel 23 den gedachten Vermert bezüglich des Titels 25 allein zu machen.

Abg. Birchow: Der Standpunkt, welchen man zu dieser Frage einnimmt, wird sich danach gestalten, ob man der Schulaufsicht, wie sie jetzt geübt wird, geneigt ist, oder nicht. Denn es handelt sich darum, daß man der Regierung das Recht einräumt, von dem Gehalt einer vacanten etatsmäßigen Kreis- und Schulinstructionelle mehrere Geistliche als Schulinstructionen im Nebenamt zu remuneriren. Es fragt sich also, ob wir unsere Zustimmung dazu geben sollen, Gehälter, die ausdrücklich im Etat für bestimmte Personen ausgeworfen sind, zu einem anderen Zwecke zu verwenden. Ein solches Vorgehen findet sich an keiner anderen Stelle des Etats und widerspricht auch allen Traditionen. Es ist niemals auch nur der Versuch gemacht worden, regelmäßige etatsmäßige Gehälter zu Remunerationen zu verwenden. Ich dachte, es hätten alle Fractionen ein Interesse daran, unsere traditionelle geregelte und sparsame Finanzverwaltung auf diese Weise nicht zu alteriren. Wohin sollte denn das führen, wenn wir etatsmäßige Stellen offen lassen, um Remunerationen zu gewinnen. Ich erkläre ausdrücklich, daß es mir bei dieser Frage ganz gleich ist, ob Herr Jäh oder Herr von Puttkamer Minister ist, ich würde dem einen wie dem anderen diesen Grundsatz beistimmen. Daß aber ein solcher Gedanke überhaupt hat Platz greifen können, ist lediglich eine Folge des Cultuskampfes. (Sehr richtig! im Centrum.) Ja, m. H., was haben Sie denn für ein Interesse daran, unser ganzes Finanzrecht zu durchbrechen, nur um auf unethische Weise eine Anzahl evangelischer oder katholischer Geistlicher in die Kreis- und Schulinstruction zu bringen? Glauben Sie, daß zu viel etatsmäßige Schulinstructionen vorhanden sind und daß mehr commissarische angestellt werden sollen, so können Sie diesen Zweck auf ganz correctem Wege erreichen. Sie brauchen nur die Position im Titel 23 herabzusetzen und die im Titel 26 zu erhöhen. Ich würde zwar dagegen stimmen, ich möchte aber zugeben, daß Ihr Vorschlag etatsmäßig correct ist. So aber bitte ich Sie, im Interesse der Aufrechterhaltung unseres Staatsrechts den Titel abzulehnen.

Während der folgenden Rede des Regierungscommissars erscheint Fürst Bismarck, welcher einem etwa zweistündigen Ministerrathe im Abgeordnetenhaus beigewohnt hatte, am Ministertische und verweilt ungefähr 20 Minuten an demselben.

Regierungscommissar Geh. Rath v. Zastrow weist nach, daß die zum Theil nicht budgetmäßige Verwendung des Titels 23 auf Zuständen beruhe, welche die Verwaltung aus der Vergangenheit übernommen habe, die hauptsächlich darin beständen, daß die Nothwendigkeit, neue Schulinstructionen zu gründen, sich immer nur nach und nach, von Fall zu Fall herausgestellt habe. Der Minister erkenne die Nothwendigkeit an, auf den etatsmäßigen Zustand zurückzukommen. Die Ansprüche an die Schulaufsichtsbeamten neigten sich fortwährend und in demselben Verhältnisse müßten auch die Mittel dafür erhöht werden. Die Möglichkeit, Ersparnisse zu diesem Zweck zu machen, biete der Titel 23 dadurch, daß man die eine oder andere etatsmäßige Stelle commissarisch besetze. Aus diesem Grunde sei der Uebertragungsmerkmal eingeschaltet worden. Er erkläre aber ausdrücklich, daß, wenn die Verwaltung eine der etatsmäßigen Stellen eingehen lassen wollte, sie dies auch im Etat zum Ausdruck bringen würde. Principielle Hintergedanken lägen der Regierung gänzlich fern. Das Bedenken Birchows, daß man nicht einen Gehaltstitel auf einen Dispositionstitel übertragen könne, sei nicht berechtigt. Denn schon nach diesem Etat könnten ja die Ersparnisse von Titel 23 auf Titel 25 übertragen werden, der ja auch ein Dispositionstitel sei. Der Vorschlag der Budgetcommission, Titel 25 und 26

zu vereinigen, entspreche dem Standpunkt der Regierung, und sei auch aus sachlichen Gründen zu empfehlen, da es sehr oft notwendig werden könne, eine commissarische Schulinstructionelle durch einen Geistlichen zu besetzen und umgekehrt. Er bittet daher, den Antrag der Budgetcommission anzunehmen.

Abg. von Heereman: Unzweifelhaft wird die formelle Bedeutung der Sache zu sehr aufgebauscht. Es handelt sich nach meiner Meinung direct um eine Frage des Cultuskampfes und der modernen Schulentwidelung. Wir halten das Zusammenwirken von Schule und Kirche für so sehr reich, daß wir die Aufsicht über die Schule in die Hände der Geistlichkeit zu legen für notwendig halten. Auf die Nachteile, welche die Abweichung von diesem Princip zur Folge gehabt hat, gehe ich heute nicht ein. Wie hat sich die Sache denn entwickelt. Im Etat 1873/74 wurde ein großes Pauschquantum bewilligt, damit die damalige Unterrichtsverwaltung möglichst viele Kreis- und Schulinstructionstellen schaffen könnte. Es gelang auch der damaligen Verwaltung nicht, so viele weltliche Beamte dafür zu finden, wie nothwendig war. Es mußte hier eine möglichst ausgedehnte Latitüde gelassen werden, die Aufsichtsstellen auch commissarisch zu besetzen. Da ich meinen Wunsch, nur geistliche Schulinstructionen angestellt zu sehen, nicht erreichen kann, so will ich der Unterrichtsverwaltung die möglichste Freiheit lassen, commissarische Verwaltung der Stellen einzutreten zu lassen. Damit erhält ja der Minister kein neues Recht, und ich kann Herrn Birchow nicht zugeben, daß wir damit alle Staatsgrundrechte durchbrechen. Auch ich bin für möglichst genaue Präcisirung jedes Titels, aber wo das nicht möglich ist, wo eine gewisse Freiheit durchaus nothwendig erscheint, da müssen die formalen Rücksichten vor den sachlichen Erwägungen zurücktreten. Sie bitte, dem Antrage der Commission zuzustimmen, welche die Titel 25 und 26 zusammenfassen will. Die beiden Titel behandeln Sachen, die sich nicht gut trennen lassen, denn es ist in einzelnen Fällen schwer zu entscheiden, ob eine commissarische Verwaltung oder eine solche im Nebenamt eintreten soll.

Abg. Platen: Nach meiner Ueberzeugung liegt es im Interesse der Schule, daß die Function der Kreis- und Schulinstructionen im Nebenamt gänzlich abgeschafft wird. Der Erfolg, den wir mit den weltlichen Schulinstructionen gemacht haben, war jedenfalls ein sehr günstiger, und deshalb stimme ich gegen jeden Antrag, der auch nur einen Fingerring dieser Bestimmung entzöndet. Was die Stellung der Local- und Schulinstructionen betrifft, so ist dieselbe nicht ganz klar. Der Herr Minister bezeichnet ihre Aufgabe als die „wohlwollenden, väterlichen Freunde“ der Lehrer. Hiermit in directem Widerspruch steht eine am 4. November 1880 für die Local- und Schulinstructionen erlassene Dienstinstruction der Regierung zu Liegnitz, welche von diesen Inspectoren eine genaue Kenntniss des Schulwesens fordert, um den Lehrern „Anweisungen zu geben“. Die Schulen sollen mindestens wöchentlich zweimal revidirt, die Districts- und die Generalconferenzen der Lehrer besucht und eine Reihe anderer Pflichten erfüllt werden, welche die Zeit der Inspectoren in hohem Grade in Anspruch nehmen. Hiernach müßten die Inspectoren Schulleute ersten Ranges sein, um sich keine Blöße zu geben. Ob die Geistlichen dieser Anforderung überall entsprechen, möchte ich bezweifeln und berufe mich auf das Wort Bismarcks: „Es giebt unter den Geistlichen gewiß ganz ausgezeichnete Personen, ohne doch zur Schulinstruction zu taugen. Die tolle Arbeit, welche ihnen durch die Inspection auferlegt wird, macht ihnen das Amt zu einer lästigen Bürde, und doch erhalten sie von ihrer geistlichen Behörde nicht die Erlaubnis, das Amt niederzulegen. Daß andere Personen, wie Aerzte, Apotheker etc., welche die Local-Inspection im Nebenamt verwalteten, noch viel weniger geeignet sind, den Anforderungen der geeigneten Instruction zu entsprechen, liegt auf der Hand; ich bitte deshalb die Regierung, die Verwaltung dieser Stellen im Nebenamt gänzlich zu beseitigen.“

Regierungscommissar Geh. Rath v. Zastrow erwidert dem Vorredner, daß die erwähnte Dienstinstruction im Ministerium selbst Bedenken erregt habe und ihre Gültigkeit deshalb vorläufig suspendirt sei.

Abg. Graf Clairon d'Haussonville bittet, in diese rein etatsmäßige Frage nicht andere Gesichtspunkte hineinzuziehen. Die conservative Partei theile die Ansicht, daß die Geistlichen zur Schulinstruction ungeeignet seien, durchaus nicht und deshalb stimme sie für den Antrag der Commission.

Abg. Ridert: Wenn der Vorredner die Frage rein etatsmäßig behandelt wissen will, so hätte er sein letztes Motiv nicht geltend machen müssen. Darüber, daß die Fonds für die Kreis- und Schulinstruction durchaus unzureichend sind, sind wir alle einverstanden, aber weshalb wendet sich der Herr Cultusminister nicht an seinen Collegen, den Herrn Finanzminister, und bittet ihn um Aufhebung des Titels? Er selbst sagt, der Betrag, den er durch Umnahme seiner Forderung für die Verwaltung der Kreis- und Schulinstruction im Nebenamt geminne, sei nur eine Bagatelle. Um so mehr hätte er Bedenken tragen sollen, unter ganzem Budgetdruck deshalb über den Saufen zu werfen. Ich möchte ihn um eine Erklärung darüber bitten, ob er beabsichtigt, im nächsten Etat die als nötig erkannte Regelung der anderweitigen Remuneration der Kreis- und Schulinstructionen herbeizuführen und demgemäß die jegliche Uebertragung aus dem Titel 23 nur als eine vorübergehende Maßregel betrachten?

Der Cultusminister erwidert, daß er es an gutem Willen, für die Kreis- und Schulinstructionen ausreichende Mittel im nächstjährigen Etat einzustellen, nicht fehlen lassen werde. Da die Möglichkeit aber von der Zustimmung des Finanzministers bzw. von der allgemeinen Finanzlage abhängt, so könne er eine unbedingt zugehende Antwort nicht ertheilen. Allerdings gewähre die Annahme des Commissionsantrages für das laufende Jahr der Regierung nur sehr geringe Mittel für die Zwecke des Titels 26, immerhin aber wolle sie das Kleine nehmen, wenn sie größeres nicht erreichen könne. Die budgetmäßige Zulässigkeit der Uebertragbarkeit von Fonds, die für verwandte Zwecke bestimmt sind, könne nicht bestritten werden.

Abg. Weber: Der Minister sucht die principielle Bedeutung des Commissionsantrages abzuwachen, der Abg. v. Heereman aber hat offen anerkannt, daß er nur als Gegner der weltlichen Schulaufsicht für denselben stimme. Diese Erklärung sollte doch die Conservativen, welche i. J. für das Schulaufsichtsgesetz eingetreten sind, bedenklich machen. Gerade unter dem Ministerium Fall und zur Zeit der liberalen Majorität ist die Lage der Geistlichen wesentlich verbessert worden. Leider zeigen dieselben sich jetzt wenig dankbar dafür, und vergessen, daß ihr Interesse von uns am besten wahrgenommen worden ist. Ich hoffe, die Zeit wird bald kommen, wo diese Erkenntnis sich wieder Bahn brechen wird.

Die Debatte wird hiermit geschlossen, und der Antrag der Commission unanversändert angenommen.

Das Haus vertagt demnach die weitere Etatsberatung um 4 1/2 Uhr bis Dienstag 11 Uhr.

Berlin, 24. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der Königin hat den Landshofmeister, Professor Andreas Achenbach zu Düsseldorf, und den Geheimen Regierungs- und Ober-Baurath Hitzig zu Berlin, nach stattgehabter Wahl zu stimmungsfähigen Ritters des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste; sowie den Geschichtsmaler Almar-Ladema zu London und den Musiker, Componisten Niels Wilhelm Gade zu Kopenhagen zu ausländischen Ritters des Ordens ernannt.

Se. Majestät der Königin hat dem Kreis-Physikus, Sanitätsrath Dr. med. Günther v. Bannau zu Selberg den Charakter als Geheimen Sanitätsrath verliehen.

Dem ordentlichen Lehrer an der städtischen Realschule zu Königsberg i. Pr., Dr. Carl Möhrke, ist der Oberlehrertitel verliehen worden. Am Schul-lehrer-Seminar zu Cöslin ist der Lehrer Gustav-Siefert aus Neustettin als Hilfslehrer angestellt.

Berlin, 24. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahm heut den Vortrag des Geheimen Civil-Cabinetts entgegen und machte eine Spazierfahrt.

[Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz] besuchte gestern Abend die Vorstellung im Opernhause. (N.-Anz.)

Berlin, 24. Januar. [Die Conservativen und die Steuerreform.] Die Verhandlungen der conservativen Fraction des Abgeordnetenhauses über den Plan der Reform der directen Steuern sind noch nicht abgeschlossen und schreiten, wie man hört, auch nur langsam vorwärts. Eine Realisirung der Vorschläge im Laufe der gegenwärtigen Session ist kaum denkbar; und ob sich die Regierung entschließen möchte, lediglich wegen dieser Angelegenheit in eine Nachsession zu willigen, welcher sie so sehr widerstrebt, ist kaum anzunehmen. Unter solchen Umständen werden die Verhandlungen der Conservativen kaum einen anderen Zweck haben als den, die Vorschläge der Fraction zum Ausdruck zu bringen.

Berlin, 24. Jan. [Der Effect des Steuererlasses im nächsten Etatsjahre für die Stadt Berlin] wird auf Grund des Ministerial-Verordnungs-Gesetzes und auf Grund der letzten amtlichen Nachweisung über die Anzahl der für das laufende Jahr zur Klassensteuer und zur classifirten Einkommensteuer veranlagten Personen folgender sein: Wegen eines Jahreserlasses ummers 420 M. bleiben auf Grund des § 5a des Gesetzes vom 25. Mai 1873 gänzlich befreit 154,667 Personen, ferner auf Grund

des § 5b desselben Gesetzes 32 Personen, Johann 20,746 Militärpersonen, Inhaber des Eisernen Kreuzes und Veteranen, und auf Grund des § 7 des genannten Gesetzes wegen beeinträchtigter Leistungsfähigkeit 10,393 Personen, zusammen 185,838 Personen. Von den übrig bleibenden, Klassen-
neuerlich verbleibenden 77,342 Personen werden erhalten: 118,054 Personen von einem Steuererlass von je 7 Reichspfennigen; 113,359 von 1,50 M.; 32,083 von 2,25 M.; 20,768 von 3,00 M.; 10,888 von 4,50 M.; 14,804 von 6,00 M.; 5,509 von 7,50 M.; 7,473 von 9,00 M.; 5,287 von 10,50 M.; 6,561 von 12,00 M.; 2,823 von 15,00 M.; und 4,963 von 18,00 M., zusammen 342,572 Personen zahlen weniger 905,388 Mark und 75 Pfennige, das macht durchschnittlich pro Person nicht voll einen Thaler. Von den zur classificirten Einkommensteuer in den ersten 5 Steuerstufen, bis zu einem Einkommen von 6000 M. heranragenden Personen erhalten Steuererlass: 62 Personen je 18 Mark = 1116 M. (auf Grund des § 20 des Gesetzes vom 25. Mai 1873), 14 je 22,50 M. = 315 M., 4792 je 22,50 M. = 107,820 M., 3035 je 27 M. = 81,945 M., 2730 je 31,50 M. = 85,995 M., 2124 je 36 M. = 76,464 M. und 1946 je 40,50 M. = 78,813 M., zusammen 14,703 Personen zahlen weniger 432,468 M., das macht durchschnittlich pro Person rund 30 M. Der gefamte Steuererlass für Berlin beträgt sonach 1,337,856 M. 75 Pf. = 445,952 Thlr. 7 1/2 Sgr. für 357,275 Personen, oder durchschnittlich pro Person rund 3 Mark und 75 Pfennige.

[Die königliche Akademie der Wissenschaften] hält am 27. Januar c. Nachmittags, eine öffentliche Sitzung zur Feier des Geburtstages Friedrichs II.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 163. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie.
Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Köchstraße 20, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 24. Jan. Bei der heute fertigesten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

29 143 73 90 227 44 57 96 303 25 44 58 62 421 507 40 650
76 88 705 (3000) 71 944 56 61 69 1018 82 95 96 108 65 211 (600)
49 78 (600) 91 301 53 55 79 90 (3000) 99 409 11 506 38 48 731 53
801 6 51 903 (600) 2088 111 61 95 98 364 (300) 406 39 617 30
64 72 (300) 780 86 992 3017 69 75 82 138 43 50 64 268 93
304 28 65 96 400 2 (600) 13 21 (300) 30 52 98 (300) 501 4 13 603
54 91 703 27 28 31 45 50 94 807 64 82 (600) 96 4087 169 (600) 88
230 (1500) 63 (300) 84 (3000) 95 314 39 426 73 518 66 678 (300) 88
751 93 824 34 51 85 924 5042 53 81 136 96 (1500) 248 62 307 22
25 27 31 79 416 92 510 47 64 95 624 77 731 804 52 68 87 941 93
6023 77 247 333 49 75 97 (600) 411 96 516 614 (300) 33 46 61
747 93 829 35 67 940 45 7045 60 107 42 225 59 63 76 302 28
81 420 31 517 36 640 719 (300) 66 808 92 913 8061 139 206
304 26 38 80 412 (300) 613 59 70 (300) 85 87 (3000) 94 (300) 95 787
91 96 850 99 926 28 54 58 9002 (300) 81 137 210 91 356 77 (3000)
404 (300) 58 60 511 29 48 62 82 763 857 915.

10,073 180 349 55 434 35 571 634 737 821 40 912 (600)
34 43 11,102 22 31 (300) 45 (6000) 54 203 371 496 524 55 89 662
67 95 708 23 838 40 46 952 53 (1500) 12,004 150 173 99 229 58
74 77 318 22 59 87 450 57 71 508 (600) 30 622 25 91 743 70 88
836 37 13,004 63 148 61 236 (300) 370 436 39 44 63 524 63 76
(300) 78 648 70 89 701 44 45 70 827 83 906 41 (600) 58 14,028
64 72 74 86 178 221 402 96 532 49 (600) 623 814 50 66 (600) 80
975 15,028 130 (300) 40 92 219 64 304 (300) 41 414 19 (300) 64
67 81 550 52 56 72 634 63 (1500) 64 830 (300) 903 15 21 16,068
113 42 59 91 238 61 69 93 320 28 48 56 74 93 402 534 685 92
784 91 825 55 921 51 (300) 53 70 17,177 244 81 90 95 303 593
(300) 96 605 26 728 57 825 (300) 978 18,078 102 18 246 (1500)
457 535 633 42 729 50 800 36 38 (1500) 55 69 (300) 19,022 28
(1500) 48 71 84 142 98 244 395 426 74 514 30 608 23 36 (600)
38 39 41 96 742 853 64 79.

20,066 67 98 109 35 78 225 (300) 56 323 44 48 401 56 70 78
511 49 604 13 65 702 (300) 3 (30) 7 75 78 820 55 (1500) 908 86
21,016 17 77 114 73 208 15 65 (300) 92 95 (300) 319 89 444 51 543
636 73 (3000) 96 (60) 98 706 34 67 876 925 22,019 89 189 93
208 (300) 48 60 94 351 72 98 424 40 57 549 679 91 (300) 814 39
927 85 89 23,069 122 204 56 97 479 510 727 33 86 823 (600)
95 (1500) 98 919 27 44 48 (3000) 58 67 73 75 78 93 (1500) 24,152
(3000) 338 79 451 53 532 33 68 677 (1500) 55 711 837 25,005 6
119 49 85 (300) 258 (600) 347 64 (3000) 88 493 569 612 41 (6000)
49 51 89 (1500) 765 77 885 994 56 83 26,012 44 (300) 120 302
483 92 505 45 71 82 732 34 52 59 879 80 951 58 27,050 55 (600)
100 1 34 67 216 365 418 (3000) 29 39 60 80 503 6 (300) 38 727
(600) 86 843 916 48 28,136 47 58 70 204 97 305 14 419 22 52
89 510 50 63 68 679 93 705 46 844 64 (1500) 934 89 (300) 29,002
34 49 79 108 29 (1500) 53 57 222 42 51 348 419 (300) 46 557 80
653 (300) 756 64 65 82 (300) 844 81 83 (600) 932 81.

30,013 62 97 108 52 239 69 64 348 517 (600) 56 83 624 65
941 44 54 58 31,005 81 (3000) 91 96 98 140 56 84 96 375 429 36
56 64 514 631 46 58 726 59 75 87 816 65 (600) 69 (300) 79 (300)
961 32,010 32 55 61 66 (300) 77 (3000) 241 47 331 (300) 56 65 70 79
84 433 (600) 87 533 80 752 801 55 68 95 924 25 67 33,007 67
(1500) 178 (600) 200 1 49 67 (600) 82 (1500) 98 370 97 563 656
732 53 93 863 68 97 917 30 41 34,123 56 73 257 317 93 (3000)
400 11 76 (300) 532 40 (300) 94 (300) 632 38 768 (600) 800 27 37 64
76 81 591 35,134 88 289 306 61 86 488 558 71 632 45 719 21
51 84 811 28 48 60 79 91 903 18 29 81 36,016 39 (300) 70 123
(600) 26 35 74 98 263 69 342 (300) 77 411 78 554 (300) 704 (600)
29 85 811 83 37,011 (600) 73 77 (1500) 187 390 499 508 13 (600)
55 76 78 84 (300) 665 703 72 71 98 (300) 842 972 38,014 61 66
254 318 85 402 10 545 661 87 703 12 60 805 16 (600) 948 (300)
70 (300) 88 99 39,008 19 38 87 (600) 180 227 323 79 436 79 96
(300) 98 569 603 700 31 (600) 50 803 30 91 916 41 (300) 54 97.

40,043 311 29 435 (600) 36 44 47 542 95 955 62 67 84 41,090
125 60 200 5 27 31 (300) 32 (300) 53 66 (1500) 83 340 442 59 509
18 (600) 97 607 21 51 57 86 724 87 89 861 42,024 (1500) 46 87
184 230 39 500 9 737 47 65 (300) 806 14 26 67 965 (300) 86 (3000)
43,044 101 37 (300) 70 204 308 29 442 (300) 511 23 29 641
43 64 68 (1500) 789 835 67 919 (300) 43 44,027 (1500) 82 112 (600)
21 47 53 343 74 79 435 (3000) 47 68 522 66 98 670 738 46 70 879
946 45,131 62 (600) 325 31 79 (300) 429 47 (600) 550 627 719 87
824 91 912 24 17 46,016 50 150 216 28 36 66 367 92 400 43 52
95 629 99 759 (3000) 80 91 937 47,081 (600) 110 11 19 81 375
87 404 41 99 580 (300) 657 772 73 865 (300) 78 (1500) 962 71
(1500) 48,006 25 29 52 (600) 82 135 39 62 259 437 76 565 (3000)
68 673 722 25 856 49,033 39 50 (300) 67 83 144 45 (600) 383
(300) 93 407 17 33 560 84 670 802 900 11 (300) 37 (300) 39 72.

50,005 39 (1500) 64 76 (300) 107 18 203 78 86 371 409 73 511
59 653 55 929 89 51,009 16 37 87 122 229 96 348 455 559 73
76 92 (3000) 646 (1500) 47 741 71 807 37 73 (300) 819 76 80 52,095
131 250 89 330 64 80 412 (3000) 511 (300) 45 83 89 617 51 98
710 817 25 68 914 (300) 20 44 53,008 18 47 83 87 256 65 (1500) 72
318 66 96 410 54 61 81 550 (600) 56 662 739 40 817 (600) 41 42
(600) 953 54,034 59 132 226 64 99 343 510 608 705 44 47 825
27 33 55,100 43 65 70 96 217 30 (1500) 61 414 64 97 540 725
830 (600) 38 54 97 932 93 (1500) 56,103 6 (300) 13 74 91 200 21 67
82 91 99 348 (300) 71 93 406 17 80 84 655 71 718 72 (1500) 902
8 (600) 98 57,046 60 228 43 71 92 301 16 17 409 27 33 42 51 84
(3000) 553 (300) 55 (3000) 623 55 721 (300) 44 57 814 15 58,094
136 66 86 (300) 208 (3000) 91 406 (600) 511 14 73 621 40 69 (1500)
75 95 88 796 924 31 71 59,069 (3000) 104 5 297 319 (300) 58 88
(1500) 98 418 68 (300) 620 43 81 (600) 733 36 84 832 43 78 97 935
63 86.

60,107 30 241 (600) 58 (1500) 93 347 (300) 466 83 529 69 696
704 11 (300) 24 93 (300) 854 946 (15000) 61,071 91 103 204
32 34 84 323 (300) 528 615 68 94 802 12 46 913 (600) 84
62,014 25 27 (300) 33 59 81 (300) 251 342 (300) 458 508 11 14 70
635 749 (1500) 63 (300) 66 92 853 (300) 63,016 68 99 198 231 320
79 511 62 91 673 709 30 808 23 912 (300) 51 (300) 98 64,073
81 127 (300) 406 12 26 35 603 (300) 34 (300) 52 88 816 (300) 933
(3000) 46 62 68 65,042 (300) 57 122 25 54 81 (600) 88 360 86 431
93 503 32 775 (1500) 94 834 66,082 95 97 (600) 100 11 (1500) 217
97 304 14 406 11 45 (1500) 516 21 59 97 609 22 (300) 705 826
66 954 80 (600) 94 67,099 (600) 141 93 207 61 342 408 504 73
605 (600) 44 46 62 (300) 81 83 703 40 59 80 88 810 76 914 37 68,013
15 52 (300) 72 84 88 (300) 271 78 306 34 96 (300) 412 37 529 61
603 11 66 743 (300) 727 (600) 69,002 10 18 68 81 86 126 223
(1500) 62 64 72 95 303 84 64 427 92 509 625 735 81 (3000) 93 96
849 992.

70,039 69 190 95 (600) 352 411 21 530 (300) 49 608 77 81 88

713 51 58 79 (300) 860 65 91 912 79 71,029 74 (3000) 110 (300) 41
235 37 54 306 44 400 68 665 756 845 51 78 72,014 163 (1500)
246 (1500) 54 55 66 302 (300) 8 27 (600) 43 (300) 530 35 90 97 601
706 824 (300) 42 43 963 81 73,000 18 77 98 167 245 90 320 36
(300) 437 70 81 541 46 (300) 62 603 8 775 90 96 (600) 826 57 (300)
913 74,023 49 139 70 73 82 291 380 82 413 55 67 528 698 706
32 68 71 81 819 60 72 920 49 75,021 81 301 43 47 82 (300) 482
(300) 502 7 24 95 (600) 666 749 89 (1500) 830 935 76,098 97
(300) 135 49 65 76 212 (30,000) 50 410 29 36 64 542 60 (3000) 677
92 838 908 77,006 (600) 44 (30,000) 45 (30,000) 50 91 147 (3000) 68
204 344 56 (600) 433 59 88 580 (300) 96 654 70 76 80 724 51 73
860 70 (3000) 920 78,013 81 96 137 49 75 204 303 68 79 87 (300)
146 47 49 86 (300) 520 609 53 701 47 56 69 (600) 812 43 99 922
95 79,038 191 333 (300) 34 55 401 54 527 54 615 (300) 57 706
69 75 (300) 82 839 81 (1500) 912 34 66 87.

80,053 (3000) 149 290 301 43 (1500) 83 425 35 63 66 91 512
98 603 43 50 766 (300) 800 69 82 (6000) 937 40 76 81,002 107
274 92 345 433 54 688 853 76 921 37 99 82,072 104 (300) 19 249
77 (300) 407 66 (300) 590 637 66 742 43 867 900 86 83,018 28
48 92 96 220 23 73 79 345 88 500 41 98 696 (1500) 877 84,076
78 (300) 93 (300) 104 213 (300) 54 62 354 403 4 34 93 (300) 95
533 81 85 (1500) 94 612 91 790 895 88 85,019 80 101 90 97
389 328 408 16 54 60 74 542 727 64 75 87 (300) 823 50 80 86,043
88 101 3 52 (300) 58 63 2 8 27 72 (600) 78 96 314 22 568 70 (600)
92 96 669 (600) 712 51 74 92 820 975 98 87,014 64 137 332
410 537 74 625 857 69 (3000) 906 22 (1500) 24 (300) 88,004 (1500)
67 (300) 114 27 76 213 18 52 314 58 483 521 690 808 22 92
946 (300) 64 89 89,011 13 61 68 105 9 20 32 73 218 312 42 (300)
47 48 416 48 66 (600) 533 (600) 640 730 (300) 61 820 932 45 72.
90,081 95 156 61 68 70 203 61 64 92 99 336 (300) 39 68 (300)
71 94 471 518 (30,000) 71 74 (600) 96 753 802 12 55 910 25 62
93 91,004 86 72 (300) 85 125 304 62 (300) 91 94 488 96 504 (600)
16 70 617 43 (300) 710 56 75 862 89 964 92,105 221 27 64 310
92 97 479 559 602 69 (600) 752 934 92 93,063 123 43 61 62 76
283 97 309 7 20 404 504 61 640 (300) 62 (300) 712 58 70 79 910
44 (600) 92 94,126 (300) 37 53 210 (600) 48 91 304 (300) 34 (600)
517 626 855 (300) 944 (300) 55.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)
Strasburg, 24. Jan. Die „Strasburger Zeitung“ veröffentlicht ein Schreiben aus Paris, worin die deutschen Besitzer türkischer Schuldtitel aufgefordert werden, ein eigenes Syndicat zu bilden und sich in Konstantinopel durch eigene Delegirte vertreten zu lassen, damit sie nicht einer anderen Vertretung der deutschen Interessen anheimfallen.

Wien, 24. Jan. Wie der „Polit. Correspond.“ aus Belgrad gemeldet wird, ist zum Vertreter der serbischen Regierung auf der im Berliner Vertrage in Aussicht genommenen Eisenbahn-Conferenz à quatre, deren Zusammenritt Mitte Februar in Wien erfolgen soll, der ehemalige Bauminister, Oberst Brankovic, ernannt worden.

Paris, 24. Jan. Kammer. Der Duc de Fauconnerie (Bona-partist) erklärt in einem Schreiben, er lege das Deputirtenmandat nieder, weil er nicht länger an der Politik theilnehmen wolle, die dem durch das allgemeine Stimmrecht proclamirten Regime feindlich sei; er wolle nicht eine Haltung einnehmen, welche dem ihm von den Wählern übertragenen Mandate zuwiderlaufe. Hierauf wurde mit der Beratung des Pressgesetzes begonnen.

London, 24. Jan. Unterhaus. Forster begründete in 1 1/2 stündiger Rede die Bill, welche den Vizekönig von Irland ermächtigt, Leben, den er des Hochverraths oder anderer Verbrechen, seien sie vor oder nach Erlass des Gesetzes verübt, schuldig hält, zu verhaften und in Gewahrsam zu halten. Die Bill soll Gesetzeskraft bis zum 30. September 1881 besitzen, für Hochverrath auf ganz Irland, agrarische Verbrechen und solche gegen Gesetz und Ordnung nur auf die proclamirten Districte Anwendung finden. Die Annahme der Bill sei bringend, daher von der Bill über den Waffenbesitz getrennt.

Dublin, 24. Jan. Prozeß Parnell. Richter Fitzgerald begann die Ansprache an die Geschworenen; er erklärte, er zweifle nicht, daß die Landliga eine illegale Organisation und daß die Theilnehmer an den unter den Auspicien der Liga gehaltenen Meetings einen illegalen Act begangen. Fitzgerald verurtheilte schärf einige auf den Meetings gehaltene Reden, namentlich diejenigen Viggars und Dillon's. Während der Rede Fitzgerald's betrat Parnell den Saal und empfing Donationen. Die Sitzung wurde hierauf vertagt.

Kopenhagen, 24. Jan. Die Verbindung zwischen Korsör und Nyborg findet mittelst Gisttransportes statt.

Antwerpen, 24. Jan. Die Schifffahrt auf der Schelde ist vollständig unterbrochen.

Moskau, 24. Jan. Sonntags begann im Militärkriminalgericht der Prozeß des 22 Jahre alten politischen Verbrechers Defakty; er wurde gestern auf 15 Jahre Zwangsarbeit verurtheilt. In Anbetracht der Jugend des Verbrechers, welcher mehr der Versuchung erliegen, beschloß das Gericht eine Strafmilderung zu 4 Jahren Verbannung in entfernte Orte Sibiriens bei dem Generalgouverneur von Moskau auszuwirken. Der Verbrecher stand in Verbindung mit Hartmann.

Belgrad, 24. Jan. Der Kriegsminister legte in der heutigen Sitzung der Skupstina den Gesetzentwurf über die Reorganisation der Armee vor. — Die Skupstina genehmigte einen Antrag, betreffend das Interpellationsrecht der Abgeordneten.

Triest, 24. Jan. Der Lloyd-Dampfer „Minerva“ ist heute früh mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandspost aus Alexandrien hier eingetroffen.

New-York, 24. Jan. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Mosel“ ist hier eingetroffen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. L. B.) Paris, 24. Jan., Abends. (Boulevard.) 3 1/2 Rente —, Rente Anleihe 1872 120, 25. Aktien 12, 90. Neue Egyptier 358, 75 Banque ottomane —, Italiener 87, 45. Chemins —, Deutscher Goldrente —, Ungar. Goldrente 92, 75. Spanier ext. 22 1/2, inter. —, Staatsbahn —, Lombarden —, 1877er Russen —, Türkenloose 46, 75. Türken 1873 —, Amortisirbare —, Orient-Anleihe —, Pariser Bank —, Sehr fest.
Frankfurt a. M., 24. Jan., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. (Schluß Course.) London Wechsel 20, 427. Pariser Wechsel 80, 63. Wiener Wechsel 171, 90. Köln-Mindener Stamm-Aktien 149 1/2. Rheinische Stamm-Aktien 160 1/2. Hessische Ludwigsbahn 93 1/2. Köln-Mind. Brämen-Anb. 130. Reichsanleihe 100 1/2. Reichsbank 145 1/2. Darmstädter Bank 143 1/2. Meiningener Bank 92 1/2. Deutscher-Englischer Bank 700, 00. Creditactien 247 1/2. Silberrente 62 1/2. Papierrente 62. Goldrente 75 1/2. Ungarische Goldrente 92 1/2. 1860er Loose 122. 1864er Loose 311, 20. Ungarische Staatsloose 213, 00. Ungar. Oskaba-Obligat. II. 85. Böhmische Westbahn 214 1/2. Elisabethbahn 171 1/2. Nordwestbahn 158 1/2. Salzkammerguth 235 1/2. 1877er Russen 92 1/2. 1880er Russen 73 1/2. II. Orientanleihe 60. Central-Pacific 113 1/2. Elbthal —, Lotharinger Eisenwerke —, Privat-Discont —, pSt. Ungarische Papierrente 68 1/2. Deutsche Handels-Gesellschaft 56 1/2 — 58. Schwach.
Nach Schluß der Börse: Creditactien 248 1/2. Franzosen 235 1/2. Salzkammerguth —, Lombarden —, Ungar. Goldrente —, 1880er Russen —, II. Orientanleihe —, III. Orientanleihe —, Deutscher-Englischer Bank —, *) per medio resp. der ultimo.

Hamburg, 24. Jan., Nachmittags. (Schluß Course.) Breiten. 4-proc. Consols 100 1/2. Hamburg-St.-B.-A. 124 1/2. Silberrente 62 1/2. Deut. Goldrente 75. Una. Goldrente 92 1/2. Credit-Actien 248 1/2. 1860er Loose 122 1/2. Franzosen 588. Lombarden 210. Italien. Rente 87 1/2. 1877er Russen 92 1/2. II. Orient-Anl. 58. Vereinsbank 1

Berliner Börse vom 24. Januar 1881.

	do.	Brieg-Neisse .	5 $\frac{1}{8}$	— —						
	do.	Cosel-Oderb. ^s	5	— —						
	do.	Stargard-Posen-do.	4	99,50 G						
	do.	d. II. Elm.	4 $\frac{1}{2}$	102,75 G	D. Eisenbahn-G.	0	—	4	5 66 bzB	
	do.	d. III. Elm.	4 $\frac{1}{2}$	102,75 G	Eürk.Sch.Masch.G.	0	—	4	32,90 bz	
	do.	Ndrschl.Zwgbg.	3 $\frac{1}{2}$	89,75 G	Mordd. Gummlfab.	1 $\frac{1}{2}$	—	4	—	
Ostpruss. Südbahn			4 $\frac{1}{2}$	102,25 B						
Echte-Oder-Ufer-B.			4 $\frac{1}{2}$	103,75 G	P.r.Hyp.-Vers.-Act.	2	—	4	87,00 bzG	
Schlcs s. Eisenbah.			4 $\frac{1}{2}$	103,00 B	Schlcs. Fernvers.	22	—	fr.	1119 bzG	
Charkow-Asoov gar.	5	97,49 bz	Bismarckhütte . .	12	—	4	115,40 bz	
do., do. in Pid. Sterk.	. .	.	5	92,50 B	Dorniermaschinen	1 $\frac{1}{2}$	—	4	62,25 etbzG	
Charkow-Kromen gar.	. .	.	5	95,70 B	Dortm Union . . .	0	—	4	12,90 bzG	
do., do. in Pid. Sterk.	. .	.	5	92,00 B	do. St.-P.L.R.A.	2	—	6	90,20 bz	
Rjasan-Koslov gar.	5	101,25 bz	Königs-u. Laurah.	6 $\frac{1}{2}$	—	4	129 10 bz	
Dux-Rodenbach	5	85,10 G	Lenschhammer . .	0	—	4	34,00 B	
do. II. Emission.	5	82,90 bz	Varienhütte . . .	4	—	4	71,30 bzG	
Frag-Dux	fr.			49,60 bz	Gons. Radonhütten	8	—	4	145,00 B	
Gal Carl-Ludw. Bahn.	. .	.	5	89,00 bzB	do. Obllig.	6	6	6	104,00 bz	
do. de. neue	5	87,60 G	Schl. Kohlenwerke	6	—	c.	112,50 G	
Kaschau-Oderbergh.	. .	.	5	71,90 bz	Schl.Zinkh.Action	5 $\frac{1}{2}$	—	4	96,00 B	
do. Gold-Förderung	. .	.	5	92,10 bzB	do. St.-Fr.Act.	5 $\frac{1}{2}$	—	4 $\frac{1}{2}$	101,50 B	
Ung. Nordostbahn	5	71,90 bzG	do. Oblig.	5	5	5	107,00 B	
Ung. Ostbahn	5	71,00 bz	Oppeln.Förl.Cem	4 $\frac{1}{2}$	—	4	67,00 G	
Lemberg-Czernowitz	. .	.	5	78,50 bz	Groschowitzer do.	4	—	4	79,25 bzG	
do. do. IL.	. .	.	5	85,80 bzG	Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	74,00 B	
do. do. IIL.	. .	.	5	78,50 G	VorwärtsHütte . .	0	—	4	23,40 bz	
do. do. IV.	. .	.	5	77 00 bz						
Mährische Graebzhahn	. .	.	5	87,00 bz	Bresl.h.Wagenb.	3 $\frac{1}{2}$	—	4	81,00 B	
Mähr.Schl.Generalbau	fr.			85,70 bzG	do. var.Oeffentr.	7 $\frac{1}{2}$	—	4	83,00 bzB	
Kropferr. Rudolfsbahn	. .	.	5	37,50 bz	do. Straumettähn	6 $\frac{1}{4}$	—	4	122,50 bzB	
Oesterr.-Französische	. .	.	3	379,50 bz	Erdm. Spinnerei i.	3	—	4	32,00 bzG	
do. IL.	. .	.	3	369,20 bzB	Gritzsch.Eisenabz.	3	—	4	77,75 B	
do. südl.Staatbahn	. .	.	3	274,00 bzR	Hofma.sWag-Fab.	2	—	4	52,00 B	
do. neue	3	274,50 bzR	O.-Schl. Eisen b.	0	—	4	47,75 G	
do. Obligationen	. .	.	5	97,50 bzG	Schl. Leinenind..	6	—	4	95,50 B	
Rumän. Eisenb.-Oblig.	. .	.	6	160,69 bzB	do. Porzellann.	2	—	4	30,00 B	
Warschau-Wien IL	5	103,19 G	Wilhelmsh. M.A.	0	—	4	—	
do. HL.	. .	.	5	103,00 G						
do. IV.	. .	.	5	102,00 bzG						
do. V.	. .	.	5	101,00 bz						

Bank-Discont 4 pCt

Königsberg i. Pr., 22. Jan. Vörländericht von Rth. Hermann u. Riebenfahn, Getreide-, Holz- und Spiritus-Commissions-Gesellsch. Spiritus war in der abgelaufenen Woche nur schwach angeführt und hat sich deshalb, von den steigenden Notierungen in Berlin und Stettin unbefruchtet, gut im Preise gehalten. Dies gilt jedoch nur für effecible

* Breslau, 25. Jan., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.
 Weizen, seine Qualitäten blieben gut verkäuflich, per 100 Kilogr. Schleischer weißer 19,30 bis 20,90—21,80 Markt, gelber 18,30—19,80 bis 20,80 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahlt.
 Roggen, bei mäßigem Angebot unverändert, per 100 Kilogr. 20,20 bis 20,80 bis 21,30 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahlt.
 Gerste in sehr fester Stimmung, per 100 Kilogr. 14,65—15,70 Markt, weiße 16,40 bis 17,00 Markt.
 Hafer ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 12,80—13,80—14,40 bis 15,00 Markt, feinsten über Notiz bezahlt.
 Mais gut behauptet, per 100 Kilogr. 12,60—13,20—13,60 Markt.
 Erbsen in ruhiger Haltung, per 100 Kgr. 17,50—18,50—20,50 Markt.
 Victoria's 20,00—21,00—21,50 Markt.
 Bohnen schwach gefragt, per 100 Kilogr. 18,50—19,50—20,00 Markt.
 Lupinen behauptet, per 100 Kilogr. gelbe 9,30—9,60—10,00 Markt, blaue 9,20—9,50—9,80 Markt.
 Widen gut gefragt, per 100 Kilogr. 12,80—13,00—14,00 Markt.
 Delsaaten in gedrückter Stimmung.
 Schlaglein mehr beachtet.

Zustand.

Vermischtes.

[Eine Kaiser-Anekdot] bringt das „D. M.-Bl.“. Dasselbe erzählt: Im Stuhlhaus wurde kürzlich bei einem Tische folgendes Scherzwort des Kai-

fers erzählt. Als derselbe vor einigen Jahren das Reichsland besuchte, wurden Militär- und Civilbehörden dem Kaiser im Schlosse vorgestellt. Ober-Präsident von Möller hatte die Ehre, die Herren vom Civil zu nennen. In dem Kreise, welchen die Mitglieder der Universität gebildet hatten, wurden der Reihe nach vorgestellt: Professor Noth, Professor Rose, Professor Rosenbusch. „Ah“, sagte der Kaiser lächelnd, „das hier ist die buftige Ede“.

annten Gaißbores fand man die blutverunreinigte, noch nicht ganz erkalte Leiche eines jungen, nicht unschönen Mädchens. Ihr Hals war von Ohr zu Ohr durchgeschnitten, auf dem Tische stand neben leeren Weinsflaschen ein halb gefülltes Glas, dessen Boden ein Niederhag bedeckte, daneben lag ein Papier mit dem Gistlopf und der Bezeichnung Zuckersäure. Die Leiche fest angehefteten Erhebungen haben folgendes Resultat ergeben. Herrmann Hantrat, ein 23jähriger Mann aus dem Königreich Sachsen, stammt aus wohlhabender Familie und ist von Profession Müller. Er hat inbessens stets ein ungestörtes Leben geführt, abwechselnd als Haus- und Feldarbeiter, dann selbst einmal eine Mühle besessen, ist über Sechzig gegangen, um sein Heil im Auslande zu versuchen und hat, wie er selbst, vielleicht nur renommirend, erzählte, schon Schiffbruch erlitten. Er unterhielt mit der bei Verwandten in der Stalhoferstraße Nr. 13 wohnenden und als Schneiderin arbeitenden Auguste Schiefer aus Berlin, einem vierundzwanzigjährigen Mädchen, ein Liebesverhältniß, dessen Frucht er jetzt etwa einjähriges Kind war. Die Verwandten der Schiefer hatten ihr ihren Fehltritt vergebens, waren aber gegen eine geliche Verbindung mit Hantrat, weil derselbe nicht die Gewähr bot, sie zu ernähren zu können. Trotzdem hing das Mädchen sehr an dem jungen Manne, und als er vor acht Tagen nach längerer Abwesenheit wieder von Hamburg in Berlin eintraf, war ihre Freude groß. Während der letzten Woche ist dann der Entschluß, gemeinsam zu leben, bei dem Paare gereift, ein Entschluß, der in Folge der Feigheit des Mörders nur zur Hälfte ausgeführt wurde. Der gestrige Nachmittag wurde für die That ausersehen. Um vier Uhr Nachmittags holte Hantrat die Auguste Schiefer aus ihrer Wohnung ab. Gemeinsam begaben sie sich zu ihrem Kinde, von dem sie Abschied nahmen und dann nach „Hotel Rotthaus“, wo Hantrat seine Geliebte, welche sonst daselbst nicht Aufnahme gefunden hätte, als seine Schwester vorstellte, mit der er in ein Zimmer mit zwei Betten erbat. Nur kurze Zeit verweilten sie daselbst und begaben sich dann nach dem Oranienstr. Nr. 170, um dort noch einmal zu tanzen. Um 8 Uhr erfolgte die Rückkehr ins Hotel. Hantrat bestellte zwei Flaschen Wein. Dana schrieb er Briefe, namentlich an seinen Bruder in Leipzig, der dort in geachteter Stellung lebt. Auf dem Couvert des einen Briefes hat die Unglückliche mit fester Hand geschrieben: „Lebt wohl, Ihr Alle Liebenden, wir geben zusammen in den Tod und wünschen in einem Grabe beerdigt zu werden. Mutter trägt sämtliche Kosten, sie sorgt auch für mein Kind.“ Bis um 6 Uhr heulte es wurde dann die Ausführung der That verschoben. Auguste Schiefer nahm das ihr von ihrem Bräutigam gebotene Glas mit Gist und trank es aus. Sie hatte sich in frische, schneeweiße Wäsche gekleidet, den Tod zu erwarten. Nun sollte er ihr folgen, aber der Muth fehlte dem jungen Manne. Er erhob das Glas, dann setzte er es wieder nieder. Indessen erlitt das Mädchen unangenehme Schmerzen. Um denselben ein Ende zu machen, durchschnitt er ihr mit einem Dolche den Hals. Wie er bebaute, habe er dann sich selbst den Dolch auf die Brust gestekt. Abermals habe er sich im Muth gekleidet. Und doch war er sehr gut vorbereitet, denn in seinem Wäsche korb waren auch zwei kleine Messer vorhanden, die er

[Ein Zeitungs-Subskribat.] Mit dem Beginn dieses Jahres ist der Hamburghische Correspondent in seinen 151. Jahrgang eingetreten. Die Abonement wird dieses, für eine Zeitung gewiß seltene Subskribat am 31. Januar v. Z. freilich begeben. Zur dauernden Erinnerung an dasselbe hat er bereits schon im Laufe des vorigen Jahres eine Jubiläumsszeitung erscheinen lassen, deren Inhalt früheren Jahrgängen des Blattes entnommen war. Gleichzeitig reproducirte sie eine Anzahl besonders interessanter Nummern aus dem vorigen Jahrhundert und dem Anfang des gegenwärtigen. Als Abschluß dieser Erinnerungen erscheint jetzt eine Festnummer. Wir finden in diesen Publicationen ein Bild der alten Zeit aufgerollt. Aus kleinen Anfängen ist die Zeitung entstanden, so klein, wie man sie sich heute kaum vorstellen kann. Im Laufe der Jahrzehnte wuchs sie unter den wechselvollsten Schicksalen, die möglichsten Lagen erfolgreich überwindend, zu ihrer gegenwärtigen Bedeutung heran.

Das römische Ghetto wird niedrigergerichtet. Aus Rom wird geholt, daß der dortige Gemeinderath den Beschluß gefaßt habe, das Ghetto tiefer Stadt niederreißen zu lassen, damit aus dessen Stelle ein ganz neues Stadtviertel erstehe. Das römische Ghetto ist das älteste seiner Art im Abendlande, denn es existirte schon lange vor Julius Cäsar, und unter Kaiser Augustus zählte es schon gegen 8000 Einwohner. Der jüdische König Herodes ließ sich daselbst einen Palast erbauen, in dem seine Söhne und Befehlshaber, wenn sie nach Rom kamen, ihre Residenz aufschlugen. Als dann die beiden Apostelfürsten Petrus und Paulus nach Rom kamen, um dort das Evangelium zu predigen, lebten sie ebenfalls im Ghetto. Dort wohnte auch der jüdische Juwelier Elchanan Dabato, der später mit seiner ganzen Familie, seine Gattin Leah ausgenommen, zum Christenthum übertrat und seinen Entel dann als Ananias II. (1130—1138) den päpstlichen Thron bestieg. Leah starb hoch betagt im Glauben ihrer Väter und da alle ihre Nachkommen dem Christenthume angehörten, so sprach der Rabbiner von Rom an ihrem Grabe das übliche Totengebet.

Nach kurzen, aber schweren Leiden
entschied heutz. Nachmittag 2 Uhr unser
ungeliebter, guter Gatte und Vater,
er Kaufmann [2181]

Die Beerdigung des Herrn Pro-
rector Dr. Beinert findet Mittwoch,
26. d. M., Nm. 1 Uhr, vom Trauer-
hause, Palmstr. 12, nach dem Magd.-
Kirchhof bei Lehmgruben statt.

Stadt-Theater.
Dinstag. 96. Abonnement. 30ste
Vorstellung im Oculu s zu erwünschten
Breiten. „Der Kaufmann
von Venedig.“ Schauspiel in 5
Acten von Shatepeare.

Elegante, sowie einfache
Einrahmungen jeder Art
 werden in **eigener Fabrik** sauber ausgeführt.
Bruno Richter, Kunsthandlung,
Schlossohle. [2182]

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.